

Analyse der Ergebnisse von NPD und „Die Republikaner“ bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006

1. Ergebnisanalyse für Berlin

- ◆ „Deutsche Volksfront von rechts“ aus NPD und gewaltbereiten Neonazis
- ◆ Abgegebene Stimmen für die NPD haben sich mehr als verdoppelt
- ◆ Soziale Faktoren und Hintergründe des Wahlerfolges der extremen Rechten
- ◆ Entwicklungen am rechten Rand – „Volksfront“ mit Gewalt zum Erfolg

2. Kurzanalyse für ausgewählte Bezirke

- ◆ Marzahn-Hellersdorf
- ◆ Treptow-Köpenick
- ◆ Lichtenberg
- ◆ Pankow
- ◆ Neukölln
- ◆ Spandau
- ◆ Reinickendorf

3. Fazit

4. Herausforderungen und Angebote



1. Ergebnisanalyse für Berlin

Das Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin scheint – insbesondere im Vergleich zum Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – hinsichtlich der Manifestation von demokratiegefährdenden Tendenzen in Mandaten für Rechtsextremisten kaum zu beunruhigen. Doch es lohnt ein zweiter Blick:

In fünf Bezirksverordnetenversammlungen sind rechtsextreme Parteien eingezogen: In Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick ist die NPD mit je drei Bezirksverordneten, in Neukölln ist sie mit zwei Bezirksverordneten vertreten. In Pankow werden die rechtsextremen REP mit einem Bezirksverordneten in die BVV einziehen.

„Deutsche Volksfront von rechts“ aus NPD und gewaltbereiten Neonazis

Unter den elf NPD-Bezirksverordneten sind auch Parteikader mit Verbindungen zu Kameradschaften (wie der Berliner Sektion des „Märkischen Heimatschutzes“) und „autonomen Aktionsgemeinschaften“ sozialrevolutionärer Nationalsozialisten¹ („Autonome Nationalisten Berlin“, „Freie Kräfte Berlin“ usw.). Diese mit der NPD (insbesondere mit deren Jugendorganisation JN) vernetzten Strukturen „aktionsorientierter“ Neonazis setzen nach den Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes zunehmend auf Gewalt und Gewaltandrohung als Mittel politischer Agitation².

Die räumlichen Schwerpunkte rechtsextremer Gewalttaten lagen in den letzten zehn Jahren – sowohl hinsichtlich der Tatorte als auch der Wohnorte der Täter³ – in den östlichen Stadtbezirken Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Teptow-Köpenick, in denen auch die NPD ihre besten Wahlergebnisse erzielte. Seit 2003 taucht aber auch immer wieder der westlich an Treptow-Köpenick angrenzende Bezirk Neukölln (insbesondere der Ortsteil Rudow) sowohl als Tatorte rechtsextrem motivierter Gewalttaten als auch als „Hochburg“ rechtsextremer Parteien auf. Die Übereinstimmung von Tatorten, Täterwohnorten und „Hochburgen“ insbesondere der NPD sowie der demonstrative Charakter von Gewalttaten, die überwiegend im öffentlichen Raum verübt werden, lassen darauf schließen, dass rechtsextreme Gewalttäter die soziale Kontrolle durch ihr Wohnumfeld nicht fürchten und sich in keinem prinzipiellen Gegensatz zum „Volkswillen“ der lokal dominanten (schweigenden) Mehrheit sehen⁴.

Im Wahlkampf zu den Berliner Wahlen 2006 wurden nun in einer Reihe von Fällen Wahlhelfer/innen demokratischer Parteien von Rechtsextremisten angepöbelt, bedroht und gewalttätig angegriffen. Von solchen Versuchen rechtsextremer Gruppen, den öffentlichen Raum zu dominieren und Aktivisten demokratischer Parteien einzuschüchtern, waren nicht mehr nur linke, sondern auch bürgerlich-konservative Parteien betroffen.

¹ „Den autonomen Aktionsgemeinschaften sind derzeit ca. 100 Personen zuzurechnen, die meist zwischen 16 und 30 Jahren alt sind und fast ausschließlich in den östlichen Bezirken agieren. Besondere Schwerpunkte sind die Ortsteile Lichtenberg, Pankow, Prenzlauer Berg und Treptow.“ (Berliner Verfassungsschutzbericht 2005, S. 23, Berlin 2006).

² Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz: Berliner Verfassungsschutzbericht 2005, S. 30 f, Berlin 2006.

³ „80 Prozent der ideologisch gefestigten Berliner Neonazis wohnen in den östlichen Bezirken, bei den ideologisch gefestigten und gewaltbereiten Neonazis ergibt sich sogar ein Anteil von 85 Prozent. Geographische Schwerpunkte der Neonazi-Szene sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick. [...] Einen besonders betroffenen Raum stellt der Bezirk Lichtenberg dar, insbesondere die Gegend um den Bahnhof Lichtenberg. [...] Weitere Ballungsgebiete sind Pankow sowie Treptow-Köpenick“ (Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht Berlin 2004, S. 199 f, Berlin 2005).

⁴ „Die These einer geographischen Verdichtung rechter Gewalt bestätigt sich bei der Analyse der einzelnen Gewalttaten. Wie die Korrelation zwischen Wohnort- und Tatort-Schwerpunkten nahe legt, wurden rechte Gewalttaten häufig im direkten Wohnumfeld begangen. ... [Die detaillierte Analyse zeigt], dass 37% der Gewalttaten im engen Wohnumfeld der Tatverdächtigen (bis 2,5 km vom Wohnort) begangen wurden. Weitere 18% wurden im Umkreis von 2,5 bis 5 km verübt...“ (Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz: Rechte Gewalt in Berlin, Berlin, Dez. 2004).



Abgegebene Stimmen für die NPD haben sich mehr als verdoppelt

Die inhaltliche Radikalisierung der NPD im Sinne eines sozialrevolutionären Nationalsozialismus sowie ihre Vernetzung und Kooperation mit „aktionsorientierten“ Neonazis, deren wachsende Militanz mit dem gezielten Einsatz von Gewalt im Rahmen politischer Strategien zu korrespondieren scheint, hat der NPD im Hinblick auf ihren Wahlerfolg am 17. September 2006 weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Berlin geschadet. Im Gegenteil: Während die „Republikaner“ (REP) als Vertreter eines um den Anschein der Bürgerlichkeit bemühten Rechtsextremismus, der sich von der militanten Neonazi-Szene abzugrenzen versucht⁵, im Vergleich zu den Wahlen 2001 landesweit über 7.500 Stimmen (Wahlen zu den BVVen) bzw. fast 10.000 Zweitstimmen (Wahl zum Abgeordnetenhaus) verloren, gewann die NPD deutlich hinzu. Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, zu denen sie 2006 nur in fünf Bezirken antrat, verdoppelte die NPD ihr Wahlergebnis von 12.777 (2001) auf 25.577 (2006) Stimmen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus konnte sie ihr Ergebnis von 15.110 (2001) um über 20.000 Zweitstimmen auf 35.162 steigern.

Stimmgewinne erzielten die REP nur bei den BVV-Wahlen in

- (+67) Reinickendorf [wo die NPD 2006 nicht zur BVV-Wahl antrat],
- (+181) Steglitz-Zehlendorf [wo die NPD 2006 nicht zur BVV-Wahl antrat]
- (+537) Spandau [wo die NPD 2006 nicht zur BVV-Wahl antrat]
- (+1.528) Friedrichshain-Kreuzberg, wo sie 2001 nicht kandidiert hatte [und 2006 die NPD nicht zur BVV-Wahl antrat],
- (+2.232) Pankow, [wo die NPD 2006 nicht zur BVV-Wahl antrat]

In Mitte, wo die NPD ebenfalls zugunsten der REP auf die Kandidatur zur BVV-Wahl verzichtet hatte, verloren die „Republikaner“ 123 Stimmen im Verhältnis zu 2001.

Bei den Zweitstimmen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006 verloren die REP im Vergleich zu 2001 durchweg an Stimmen, während die NPD durchweg – verhältnismäßig deutliche – absolute Zugewinne verbuchen konnte. D.h.: Die REP konnten nur bei den Wahlen zur BVV, wo REP und NPD nicht gegen einander antraten, und *nur in einem Bezirk*, nämlich in Pankow, nennenswert an Stimmen hinzu gewinnen. Demgegenüber gewann die NPD überall an Stimmen hinzu. Die meisten (nämlich knapp 2/3 ihrer gesamten) Zweitstimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewannen die neonazistischen Rechtsextremisten in fünf der zwölf Berliner Bezirke:

Marzahn-Hellersdorf:	5.274 (BVV-Wahl: 6.384)
Treptow-Köpenick:	5.001 (BVV-Wahl: 5.990)
Lichtenberg:	4.959 (BVV-Wahl: 5.957)
Pankow:	4.716 und
Neukölln:	3.156 (BVV-Wahl: 4.190)

Soziale Faktoren und Hintergründe des Wahlerfolges der extremen Rechten

Berlin ist seit der Deutschen Einheit ein Brennpunkt gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Neben dem Systemwechsel im Osten der Stadt führen bspw. erhebliche Binnenwanderungsbewegungen zu Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Bezirken sowie in der Stadt allgemein. Diese Veränderungsprozesse und der empfundene Veränderungsdruck betreffen sehr viel stärker die östlichen Bezirke als die westlichen.

⁵ Die Wahlschwerpunkte der REP liegen vor allem in den traditionellen Arbeitervierteln im Westen der Stadt (Wedding, die südlichen Teile von Reinickendorf, Spandau sowie Neukölln); von Seiten sozialrevolutionärer Neonazis wird den REP „mangelnde Distanz zum Liberalkapitalistischen System“ und dessen „Handlanger der Besatzer-BRD“ vorgeworfen. D.h.: Die REP werden von der Neonazi-Szene eher der westlichen „Systemmafia“ zugeordnet, während sich die NPD als ostdeutsche Regionalpartei und Fundamentalopposition zum „BRD-System“ zu etablieren beginnt.



Darüber hinaus sind, wie Zahlen des Statistischen Landesamtes Berlin zeigen, soziale Entwicklungen zu konstatieren, welche die Lebensqualität vieler Bürger/innen negativ beeinflussen. Stagnierende mittlere Haushalts- und Pro-Kopf-Einkommen bei steigenden Preisen führen zu einem realen Kaufkraftverlust. Daneben stieg die Anzahl der Berliner/innen ohne Ausbildungsabschluss von 22,1% im Jahr 2001 auf 23,5% 2004. Der Anteil der Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stieg im selben Zeitraum von 7,8% auf 8,1% der Bevölkerung. Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien müssen von diesen Entwicklungen nicht unbedingt unmittelbar betroffen sein, um sich von der Zunahme prekärer sozialer Verhältnisse in „ihrer Gruppe“ und ihrer sozialen Umwelt mitbetroffen zu fühlen (Stichwort „fraternale Deprivation“). Es ist davon auszugehen, dass sich diese Zahlen bis Sommer 2006 nicht grundlegend positiv verändert haben.

Insgesamt ist eine fortschreitende soziale Desintegration und Segregation festzustellen: Die Gesellschaft scheint in soziokulturelle Parallelwelten gespalten, die – ohne eine verbindende Wertebasis – weiter auseinanderdriften. Diese Entwicklung scheint in Verbindung mit der Zunahme gefühlter „relativer Deprivation“ zur weiteren Entfremdung vom politischen System (vor allem in politischen Kulturen, wo es überwiegend nach dem Output an Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit bewertet wird) und zu Radikalisierungsprozessen in Bevölkerungsgruppen beizutragen, die sich nicht „in der Bundesrepublik Deutschland angekommen“ bzw. von der gesellschaftlichen Entwicklung „abgehängt“ fühlen⁶. Und zwar nicht nur in Bevölkerungsgruppen, die der alteingesessenen (ostdeutschen) Mehrheitsbevölkerung zuzurechnen sind, sondern auch in sozial randständigen Migrantenmilieus⁷ und ganz allgemein überproportional in den Unterschichten bis in die unteren Mittelschichten der Gesamtgesellschaft.

Insgesamt äußern sich diese Entwicklungen auch in einer wachsenden Abkehr von der Demokratie.⁸ Darauf lassen jedenfalls sinkende Wahlbeteiligung bei gleichzeitigem Anstieg der Wähler/innenanzahl der NPD schließen. Auch das Absenken des Wahlalters für die BVV-Wahlen, also eine größere Anzahl an Wähler/innen, hat eine geringere Wahlbeteiligung nicht verhindern können und eher das Wähler/innenpotenzial extremistischer Parteien vergrößert.

Hinzu kommt im letzten Jahrzehnt eine schleichende Gewöhnung an die „prekäre Normalität“ von Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus in lokalen Alltagskulturen insbesondere in ostdeutschen Milieus – und eine zumindest latente Akzeptanz dieser prekären „Normalität“.

Entwicklungen am rechten Rand

Der NPD gelang es in Berlin, die seit Ende 2004 festzustellende Aufbruchstimmung zu erhalten und in Mitgliedergewinne umzusetzen. Durch die Kooperation der verschiedenen rechtsextremistischen Spektren im Wahlkampf konnten die strukturellen und finanziellen Schwächen des Berliner NPD-Landesverbands teilweise ausgeglichen werden. Der NPD ist es als Kristallisationspunkt und treibende Kraft des Projekts durchaus gelungen, die Vernetzung innerhalb des rechtsextremistischen Lagers voranzutreiben und zumindest in der eigenen Partei zu etablieren.

⁶ D.h.: Bevölkerungsgruppen, die sich auf Dauer kollektiv diskriminiert und abgewertet, an den Rand der Gesellschaft gedrängt, aus dem lokalen Gemeinwesen und seinen Einrichtungen, aus dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, aus der Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten und aus der Repräsentation der Gesamtgesellschaft ausgegrenzt oder in dieser Hinsicht ihren Status bedroht sehen. Es sind insbesondere Menschen, die sich als – potenzielle – „Modernisierungsverlierer“ sehen und/oder deren Leistungsorientierung und Konkurrenzängste besonders ausgeprägt sind und/oder die einen sozialen Aufstieg anstreben, den sie als „entgegen den allgemeinen Spielregeln“ für sich erschwert, blockiert oder als nicht anerkannt erfahren.

⁷ Was sich freilich kaum in Ergebnissen allgemeiner Wahlen niederschlägt, da dazu zum Einen das Wählerpotenzial (mangels deutscher Staatsbürgerschaft bzw. wegen Minderjährigkeit) und zum Anderen entsprechende extremistische (z.B. islamistische) Wahlparteien fehlen.

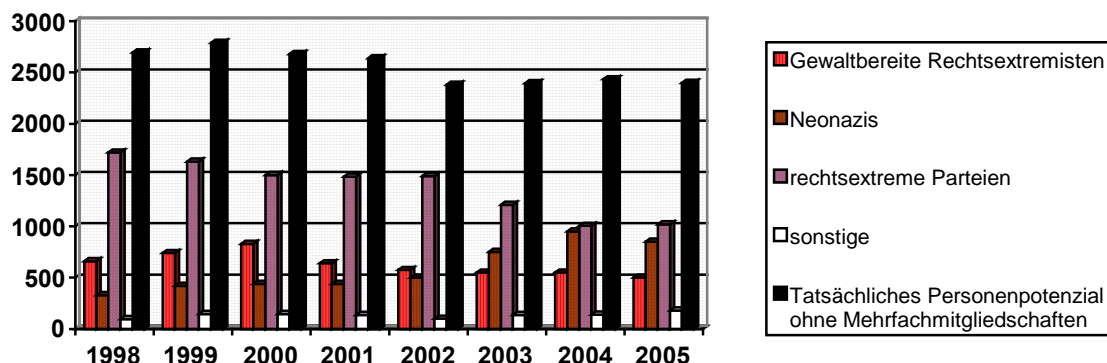
⁸ Die größte „politische Gruppe“ in Berlin sind mit 42% die Nichtwähler/innen. D.h.: Eine Absolute Mehrheit Mandaten im Abgeordnetenhaus vertritt kaum mehr als ein Viertel der wahlberechtigten Berliner/innen. Käme eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus zustande, so repräsentierte sie tatsächlich weniger als 40% der wahlberechtigten Berliner/innen.



Völkisch-nationalistische „Volksfront“

Der Berliner Landesverband setzte das Konzept der Zusammenarbeit mit der DVU und mit Teilen der „Freien Kräfte“ erfolgreich um. Durch diese Entwicklung kam es zu einer Belebung der Parteistrukturen und mit der Neuwahl des Vorstands brachte sich der NPD-Landesverband frühzeitig für die Abgeordnetenhauswahl 2006 in Stellung. Die neue Führung der Berliner NPD steht für die weitere Umsetzung des „Volksfront“-Konzepts. Der Wechsel an der Spitze verstärkt die bereits bestehende neonazistische und aktionistische Ausrichtung des Landesverbands.

Die Kooperation von NPD, DVU und „Freien Kräften“ auf Bundes- wie Landesebene hatte nicht nur Folgen für die Außendarstellung und die öffentliche Wahrnehmung der NPD im Rahmen der „Volksfront“: Während die DVU deutliche Mitgliederverluste zu verzeichnen hatten, konnte die NPD im Jahr 2005 als einzige rechtsextremistische Partei neue Mitglieder hinzugewinnen. Nach einem stetigen Rückgang wurden die Verluste des Jahres 2004 nahezu ausgeglichen und die NPD verfügt nun wieder über ca. 175 Mitglieder in Berlin. Dies führte auch zu einer Restrukturierung der Untergliederungen der Partei: Der Landesverband gliedert sich nun in sechs Kreisverbände. Zuletzt gründete sich am 28. Oktober ein Kreisverband im Bezirk Neukölln. Darüber hinaus regten die Umstrukturierungen im Netzwerk neonazistischer Kameradschaften (in Folge von Organisationsverboten) und das Zusammenwachsen der „Volksfront“ einige Aktivisten zur Neugründung der Berliner JN an. Im Lauf des Jahres wurden drei sogenannte Stützpunkte des NPD-Jugendverbands ins Leben gerufen.



Mit Gewalt zum Wahlerfolg

Dem im letzten Jahrzehnt gewachsenen Potenzial an Wähler/innen, die der freiheitlichen Demokratie in skeptischer Distanz bis hin zur Systemfeindlichkeit gegenüberstehen, bietet sich die NPD in ihrer aktuellen Ausrichtung glaubwürdig als nationalrevolutionäre Fundamentalopposition (und ostdeutsche Regionalpartei) gegen das „BRD-System“ an.

Während die etablierten demokratischen Parteien keine über die bestehenden Verhältnisse hinausreichenden Visionen mehr zu vertreten scheinen, in Abwesenheit eines Wertediskurses über die normativen Grundlagen der sozialen, soziokulturellen und bürgerschaftlichen Integration der Gesamtgesellschaft und angesichts des (von den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes unbeeindruckten) Fortbestehens eines völkisch geprägten nationalen Selbstverständnisses beginnt die NPD erfolgreich mit der Mobilisierung des wachsenden Potenzials an – nach ihrem Empfinden – relativ sozial benachteiligten Wähler/innen mit latent rechtsextremen Dispositionen. Und sie scheint auf dem Wege, ein Stammwählerpotenzial von mehr als fünf Prozent der Wahlberechtigten zumindest in Teilen Ostdeutschlands und im Osten Berlins (aber auch darüber hinaus) an sich zu binden – *und zwar nicht trotz, sondern durch ihre nationalsozialistische Ausrichtung und ihre Verbindung zu militanten Neonazis.*

Zwischenfazit

Politische Extremisten geben Antworten auf grundlegende Fragen

- der Zugehörigkeit (Identität, anerkannte Position in der Gemeinschaft, Heimat),
- der Anerkennung im und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Position, Status und Repräsentation im Verhältnis zu Anderen),
- der Sicherheit von sozialem Status und Teilhabemöglichkeiten bzw. der „Schuld“ für Unsicherheit und (empfundene) Bedrohungen von Teilhabechancen, Status, Heimat, Identität und existenzieller Sicherheit,
- der politischen Orientierung in Zeiten eines rapiden gesellschaftlichen Wandels und in komplexen, schwer überschaubaren Problemzusammenhängen.

Die Antworten politischer Extremisten auf solche Fragen gründen sich auf rückwärtsgewandte Konstruktionen von Identität, undifferenzierte Schwarz-Weiß-Muster, irrationale Verquickungen verschiedener Phänomene, polemische Simplifizierungen komplexer Sachverhalte sowie (weit verbreitete) Vorurteile und Stereotype. Sie polarisieren und emotionalisieren, wo – als Voraussetzung für eine problembezogene und zielführende politische Handlungsfähigkeit – vernünftige Einsicht in die realen Verhältnisse nur durch Differenzierung und Versachlichung zu erlangen ist. Sie bieten Sündenböcke und Feindbilder an, die destruktiven Befindlichkeiten, Wut und Hass eine Projektionsfläche und Zielrichtung geben und dadurch vom Gefühl der Isolation, eigener Abwertung, des Ausgeliefertseins, der Orientierungs- und Hilflosigkeit entlasten. Sie appellieren an die niedrigsten Instinkte und destruktiven Impulse der Menschen, schüren Ängste, Hass und Gewalt – aber sie greifen vorhandene Ängste und Befindlichkeiten auf und gehen auf vorhandene Bedürfnisse ein. Und zwar dort mit wachsendem Erfolg, wo etablierte Demokraten zu existenziellen Fragen der Zugehörigkeit, Teilhabe- und Statussicherheit sowie zu grundsätzlichen Orientierungen schweigen – also Extremisten das Feld überlassen.

2. Kurzanalyse für ausgewählte Bezirke

Durch Absprachen kandidierten zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Pankow, Spandau und Reinickendorf nur die „Republikaner“, in Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Treptow-Köpenick und Lichtenberg nur die NPD. In allen Bezirken traten beide Parteien zur Abgeordnetenhauswahl an.

Marzahn-Hellersdorf

Das mittlere Haushaltseinkommen in Marzahn-Hellersdorf liegt noch immer über dem Landesdurchschnitt, ist aber in den letzten Jahren spürbar gesunken. Dagegen stieg das mittlere Pro-Kopf-Einkommen im Bezirk auf das Niveau des Landesdurchschnitts, was auf eine steigende Zahl von Singlehaushalten und die Abnahme von Haushalten mit Kindern schließen lässt. Die Zahl der Einwohner/innen ohne Schulabschluss nahm entgegen der Gesamtentwicklung im Land Berlin ab und liegt nun noch deutlicher unter dem Landesdurchschnitt. Der Anteil der Empfänger/innen laufender Hilfen zum Lebensunterhalt liegt nach wie vor deutlich unter dem Landesdurchschnitt – ist aber in den letzten Jahren im Bezirk erheblich stärker angestiegen als im Land Berlin insgesamt. Die statistischen Durchschnittswerte für den Bezirk bilden auch nicht die Entwicklung regionaler Unterschiede im Bezirk ab: Die sozialen Problemlagen nehmen in den Großsiedlungen im Norden des Bezirks (wo die Wahlhochburgen der NPD liegen) zu, während in den südlichen Siedlungsgebieten ein Zuzug relativ gut situerter Bürger/innen zu verzeichnen ist.

Der Bezirk ist seit Jahren ein Schwerpunktgebiet für rechtsextreme Aktivitäten, in dem noch immer bekannte Trefforte der Neonazi-Szene liegen, und die „Wahlhochburg“ der NPD in Berlin. Zusammengenommen erhielten REP und NPD bei der BVV-Wahl 2001 ca. 5.000 Stimmen. 2006 erhielt die NPD alleine 6.384 Stimmen, was mehr als eine Verdoppelung ihrer Stimmen und eine Erhöhung der Stimmen beider Parteien um 20% bedeutet. Die NPD verdoppelte auch ihr Ergebnis bei der Abgeordnetenhauswahl gegenüber 2001 auf 5.274 Stimmen, während die Zweitstimmen für die REP von 1.608 im Jahr 2001 auf 741 bei der Wahl 2006 sanken.



Treptow-Köpenick

Den statistischen Daten zufolge, kann Treptow-Köpenick nicht zu den sozialen Problembezirken gerechnet werden: Der Bevölkerungsanteil der Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist im Bezirk etwa um die Hälfte geringer als im Landesdurchschnitt. Sein Anstieg seit 2001 entspricht dem berlinweiten Durchschnitt. Der Bevölkerungsanteil der Einwohner/innen ohne Berufsabschluss ist im Bezirk ist deutlich unterdurchschnittlich und sank entgegen dem Landestrend weiter. Die mittleren Einkommen stagnieren in den letzten Jahren – auf einem im Vergleich zum Landesdurchschnitt relativ hohen Niveau. Allerdings könnten Zuzüge von gut situierten Bürgern aus dem Westen Berlins und aus Westdeutschland zu einer vergleichsweise deutlich spürbaren Vergrößerung der Kluft zwischen wohlhabenden und hoch qualifizierten Bevölkerungsteilen einerseits und sozial schwächeren bzw. von Statusverlusten betroffenen – alteingesessenen – Milieus andererseits beigetragen haben, wie sie auch in anderen östlichen Bezirken (etwa in Pankow) zu verzeichnen sind.

Seit Jahren sind im Bezirk neonazistische Kameradschaftsstrukturen aktiv, die auch in den westlich benachbarten Bezirk Neukölln hineinwirkten. Das Konzept der „Volksfront“ aus „Freien Kräften“ und NPD – die ihre nationale Parteizentrale in Treptow-Köpenick angesiedelt hat und deren Parteivorsitzender Voigt im Bezirk kandidierte – funktioniert hier offenbar effektiv. Die NPD konnte, der auch in Treptow-Köpenick sinkenden Wahlbeteiligung zum Trotz, ihre Stimmenzahl von 2001 zu 2006 bei der BVV-Wahl mehr als verdoppeln. Ähnlich entwickelte sich auch das addierte Ergebnis bei den Zweitstimmen für REP und NPD bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus: Zwar zog die NPD in Treptow-Köpenick in die BVV ein, doch im Verhältnis zur BVV-Wahl lag die Anzahl der Stimmen für die Rechtsextremen ungefähr zehn Prozent niedriger.

Lichtenberg

Der Anteil von Einwohner/innen ohne Berufsabschluss ist in Lichtenberg noch immer geringer als im Durchschnitt des Landes Berlin, stieg aber zwischen 2001 und 2004 überdurchschnittlich an. Der Anteil von Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung ist im Bezirk deutlich geringer als im Landesdurchschnitt, sein Anstieg nur geringfügig stärker als in Berlin insgesamt. Die mittleren Netto-Einkommen stagnierten ebenso und auf demselben Niveau wie im Landesdurchschnitt.

Im Bezirk bestehen seit Langem aktive rechtsextreme Organisationsstrukturen, die in den vergangenen Jahren weiter gefestigt werden konnten. In Lichtenberg liegt ein Schwerpunkt rechtsextrem motivierter Gewalttaten. Auch die NPD setzt hier einen Schwerpunkt ihrer Agitation. Bei den BVV-Wahlen 2006 hat die NPD ihre Wähler/innenstimmen mehr als verdoppeln können und erzielt ein höheres Ergebnis als REP (traten 2006 nicht an) und NPD 2001 zusammen. Zur Abgeordnetenhauswahl konnte die NPD die Zahl der Zweitstimmen zwar nicht ganz verdoppeln, zusammen mit den „Republikanern“ – die sie im Vergleich zu 2001 sehr viel deutlicher hinter sich gelassen hat – erhielt NPD aber ca. 1.400 Stimmen mehr als 2001.

Pankow

Zwar haben sich soziale Indikatoren zwischen 2001 und 2004 im Bezirk Pankow entgegen dem Landestrend positiv entwickelt, was an sich auf eine steigende Lebensqualität hindeutet. Allerdings kann dieser Aufwärtstrend auch mit Zuzügen sozial privilegierter Bürger/innen aus dem Westen Berlins und dem westlichen Bundesgebiet zusammenhängen. Er muss insofern einer gefühlten „relativen Deprivation“ von wachsenden Teilen der alteingesessenen Bevölkerung in prekäreren sozialen Lagen und/oder geringerer sozialer Anerkennung nicht entgegen stehen, sondern kann die empfundene soziale Desintegration sogar verschärft haben.

Beachtlich ist, dass die „Republikaner“ in Pankow ihre Stimmenzahl bei der Wahl zur BVV nahezu verdoppeln, d.h.: das Wähler/innenpotenzial der NPD (die bei der BVV-Wahl nicht gegen die REP antrat) zu einem großen Teil für sich mobilisieren konnten. Die Einmaligkeit dieses Phänomens in Berlin lässt auf kommunale Besonderheiten schließen. Etwa darauf, dass ein (auch von der CDU unterstützter) islamophober und latent xenophober Bürgerprotest von Rechtsextremisten erfolgreich für die Mobilisierung und



Erweiterung ihres Wählerpotenzials instrumentalisiert werden konnte (Kader der Neonazi-Szene sowie der NPD und REP waren beim Bürgerprotest gegen einen geplanten Moscheebau in Pankow-Heinersdorf immer wieder deutlich präsent). Insofern könnten auch – hinsichtlich des CDU-Wahlergebnisses fruchtlose – Versuche konservativer Demokraten, durch einen populistischen Umgang mit verbreiteten Sorgen, Ängsten und Vorurteilen von Bürger/innen Wählerstimmen zu gewinnen, zur Stärkung der rechtsextremen Fundamentalopposition geführt haben. Jedenfalls haben nicht nur die REP durch ihre Stimmengewinne den Einzug in die BVV geschafft: Die Zahl der Zweitstimmen für die NPD bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus ist in Pankow noch höher als die Zahl der REP-Stimmen bei der BVV-Wahl. Dies entspricht den oben beschriebenen Radikalisierungstendenzen und der effektiveren Wähler/innen-Ansprache durch die radikalere NPD. So liegt die Vermutung nahe, dass die NPD bei der BVV-Wahl in Pankow ein noch besseres Ergebnis hätte erzielen können als die REP.

Neukölln

Die Indikatoren für die soziale Entwicklung weisen Neukölln als einen Bezirk mit deutlichen sozialen Problemlagen aus: Im Vergleich zum Landesdurchschnitt sind die mittleren Einkommen relativ niedrig, der Anteil von Empfänger/innen laufender Hilfen zum Lebensunterhalt und von Einwohner/innen ohne Schulabschluss deutlich überdurchschnittlich – und die diesbezüglichen Entwicklungstrends vergleichsweise dramatisch: Für den Bezirk ist im Zeitraum 2001-2004 ein erhebliches Anwachsen der Zahl von Einwohner/innen ohne Ausbildungsabschluss und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu verzeichnen. Das mittlere Haushalts-Nettoeinkommen stagniert auf unterdurchschnittlichem Niveau, das mittlere Pro-Kopf-Einkommen ist sogar weiter gesunken. Von dieser Entwicklung ist aber vor allem die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (bildungsferne, sozial schwache Milieus) betroffen, die zum großen Teil (mangels deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Minderjährigkeit) nicht wahlberechtigt ist, und die Wahlhochburgen der NPD liegen vor allem im Süden des Bezirks, dessen Belastung durch soziale Problemlagen geringer ist als im Norden Neuköllns.

Seit 2001 ist die Aktivität und Anzahl der Anhänger/innen rechtsextremistischer und neonazistischer Organisationen angewachsen. So baute bspw. die 2005 verbotene neonazistische Kameradschaft „BASO“ insbesondere in Neukölln Organisationsstrukturen auf und die NPD gründete einen Kreisverband. Bei den Berliner Wahlen 2006 haben die Wähler/innenstimmen für die rechtsextremen Parteien bei der BVV-Wahlen 2001 und 2006 von 3.800 auf 4.190 (+ 10%) zugenommen, wobei 2001 nur die REP und 2006 nur die NPD zur Wahl standen. Letztere zieht nun mit zwei Verordneten in die BVV ein.

Spandau

Spandau hatte in den letzten Jahren eine leicht überdurchschnittliche Erhöhung der Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und einen durchschnittlichen Anstieg der Bewohner/innen ohne Ausbildungsabschluss bei gleich bleibendem Haushalts-Nettoeinkommen und Pro-Kopf-Einkommen zu verzeichnen. Im Bezirk gibt es eine rechtsextreme Szene; Spandau gilt aber nicht als Schwerpunktgebiet rechtsextremer Aktivitäten in Berlin. Insgesamt sank bei der Wahl zur BVV die Zahl der Wähler/innen rechtsextremer Parteien von 2.327 im Jahr 2001 (NPD und „Republikaner“) auf 2.216 (nur REP) 2006. Allerdings konnte die NPD mit 1.739 Zweitstimmen zur Abgeordnetenhauswahl ihr Ergebnis von 2001 mehr als verdoppeln und liegt um fast 650 Stimmen vor den „Republikanern“. Bei der Wahl aktivierte die NPD also deutlich stärker als die REP das vorhandene rechtsextreme Wähler/innenpotential. Insgesamt erhielten beide Parteien zusammen ca. 630 Zweitstimmen mehr als die „Republikaner“ zur BVV-Wahl alleine. Ähnlich wie auch im westlichen Bezirk Neukölln wird die höhere Zustimmung zur fundamentalistischeren NPD gegenüber den „Republikanern“ deutlich.

Reinickendorf

Die Indikatoren für die soziale Entwicklung weisen Reinickendorf als einen Bezirk mit leicht



unterdurchschnittlicher Belastung durch soziale Problemlagen aus. Die mittleren Einkommen liegen über dem Landesdurchschnitt und sind in den letzten Jahren gestiegen. Allerdings stieg der Anteil der Empfänger/innen laufender Hilfen zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung in Reinickendorf in den letzten Jahren stärker als im Landesdurchschnitt, was auf eine wachsende Kluft zwischen sozial besser und schlechter gestellten Einwohner/innen deutet. Im Vergleich zu den östlichen Außenbezirken sind die sozialen Differenzierungs- und Desintegrationsprozesse – bzw. das gefühlte Wachstum der Kluft zwischen sozial besser und schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen – in Reinickendorf jedoch ebenso wie in Spandau weniger ausgeprägt.

Der südliche Teil von Reinickendorf gilt als ein Gebiet, in dem die REP in der Vergangenheit vergleichsweise hohe Wahlergebnisse verzeichnen konnten. Der Bezirk gilt aber hinsichtlich rechtsextremistischer Aktivitäten und Straftaten nicht als überproportional belastet. Bei der BVV-Wahl 2006 stieg die Zahl der REP-Stimmen im Vergleich zu 2001 nur gering. Die NPD hingegen konnte ihre Abgeordnetenhaus-Zweitstimmen gegenüber 2001 mehr als verdoppeln und liegt somit vor den „Republikanern“, deren Zweitstimmenergebnis ungefähr dem BVV-Wahlergebnis entspricht. Zusammen erhielten beide Parteien ca. 500 Stimmen mehr bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus als die REP bei der BVV-Wahl – was einmal mehr dem größeren Wahlerfolg der ausdrücklicher systemfeindlichen NPD geschuldet zu sein scheint.

3. Fazit

- **Die „Volksfront“ ausdrücklich systemfeindlicher Rechtsextremisten hat Erfolg:** Die NPD als Repräsentantin einer glaubwürdigen nationalsozialistisch-sozialrevolutionären Fundamentalopposition zum „BRD-System“ gewinnt deutlich Wählerstimmen. Dagegen konnten die – um den Anschein (westlicher) Bürgerlichkeit bemühten – REP nur bei den Wahlen zur BVV, wo REP und NPD nicht gegen einander antraten, und *nur in einem Bezirk*, nämlich in Pankow, nennenswert an Stimmen hinzu gewinnen.
- Es gibt beim Erfolg der Rechtsextremisten nach wie vor ein Ost-West-Gefälle, aber mit Neukölln auch eine NPD-Wahlhochburg im Westen. Und der Erfolgstrend für ausdrückliche Systemfeinde im Verhältnis zu anderen, um den Anschein der Bürgerlichkeit bemühten Spielarten des deutsch-nationalen Rechtsextremismus, gilt auch für den Westen Berlins.
- Ein Abgleich mit Indikatoren für die soziale Entwicklung legt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen realen sozialen Problemlagen und dem Erfolg von Rechtsextremisten nahe. Allerdings scheint das Gefühl, durch negative soziale Entwicklungen im sozialen Status bedroht, *relativ* sozial benachteiligt und von tatsächlichen politischen Gestaltungsprozessen ausgeschlossen zu sein sowie das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, die an den Rand gedrängt wird, für die Mobilisierung des rechtsextremen Wähler/innenpotenzials sowie für die sinkende Wahlbeteiligung eine Rolle zu spielen.
- Die Distanz wachsender Teile der Gesellschaft zur Demokratie und zum demokratischen Gemeinwesen sowie die Radikalisierung von der Demokratiedistanz in Richtung wachsender Systemfeindlichkeit sind im Zusammenhang zu betrachten – und eine ernst zu nehmende Gefährdung für die Entwicklung und Integrität der freiheitlichen Demokratie. Sie korrespondieren mit einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche (z.T. um Einfluss und Teilhabe konkurrierende) soziokulturelle Parallelwelten. Dabei bilden die Berliner Wahlergebnisse 2006 demokratiefeindliche Potenziale in Bevölkerungsgruppen, deren Angehörige zu großen Teilen kein Wahlrecht haben und die weder für Linksextremisten noch für deutsch-völkische Rechtsextremisten zu gewinnen sind, nicht ab.
- Sofern die Ängste vor sozialer Entwertung, Ausgrenzung, Entfremdung und Unsicherheit angesichts des gesellschaftlichen Wandels von Demokraten nicht ernst genommen und keine wirksamen Maßnahmen zur Förderung von Fähigkeiten im Umgang mit Verschiedenheit, Veränderung und Unsicherheit sowie zur Verankerung eines verbindenden Ethos und Wertekonsens in der Gesamtgesellschaft ergriffen werden, werden die Gefährdungen für die Integrität und Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens nicht ab-, sondern zunehmen.



Herausforderungen und Angebote

Aus der Analyse geht ein eindeutiger Handlungsbedarf hervor, der sich sowohl an gesellschaftliche Akteure sowie an Politik und Verwaltung richtet. Insbesondere sind jetzt die Demokraten gefragt, sich deutlich von rechtsextremen und ihnen zuspieldenden Denk-, Sprach- und Verhaltensmustern zu distanzieren.

Die Aufgabe besteht darin, den Extremismus an den Rand zu drängen, allerdings nicht die sie wählenden Bürger/innen, die sich bereits an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Vielmehr sind auch und gerade diese Bürger/innen mit rechtsextremen Dispositionen in den gesellschaftlichen und politischen Prozess wieder stärker einzubeziehen. Hingegen sind rechtsextreme Parteien in den Bezirksverordnetenversammlungen in keiner Weise als Partner eines politischen Dialoges zu betrachten. Da Bezirksverordnete nicht der parlamentarischen Immunität unterliegen, sollten vielmehr auch strafrechtliche Möglichkeiten stets geprüft und im Zweifelsfall angewendet werden, um eine schleichende Verrohung des Parlamentarismus und der Normalisierung demokratiefeindlicher Parolen zu verhindern. Es ist davon auszugehen, dass ein ständiges Austesten der Grenzen und der Wehrhaftigkeit der Demokraten als strategisches Mittel der Rechtsextremen eingesetzt wird. Jede Druckverminderung wird dabei in der Szene als Erfolg gewertet. Daher ist es auch notwendig, sich mit Argumentationstrainings besser mit neonazistischen Denkmustern auseinandersetzen zu können.

Zur Verantwortung demokratischer Parteien für die politische Kultur im demokratischen Gemeinwesen gehört auch ein verbindlich geltender Verzicht auf populistische Bezugnahmen auf verbreitete Ängste und Vorurteile (etwa gegen Migrant/innen, Muslime usw.), vereinfachende schwarz-weiß-Argumentationsmuster, platte und diskriminierende Verallgemeinerungen und Simplifizierungen.

Eine weitere Anforderung an die Demokraten besteht darin, den Eigenwert der Demokratie als Garant von Menschenrechten und Schutz vor Willkür und Gewalt zu betonen und verstärkt in der politischen und gesellschaftlichen Kultur widerzuspiegeln.

Um die Menschen in allen Milieus tatsächlich erreichen und sie stärker in das demokratische Gemeinwesen einbinden zu können, müssen weitere lokale Aktions- und Diskursformen in den Blickwinkel der Verantwortlichen gelangen und institutionalisiert werden. Dazu gehören neben einem selbstverständlichen Wahr- und Ernstnehmen von Problemen beispielsweise auch lokale Zukunftswerkstätten, Dialogmöglichkeiten auf gleicher Augenhöhe und ein größerer Raum für Mitgestaltung.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben bietet das Mobile Beratungsteam „Ostkreuz“ der Stiftung SPI – solange es finanziert ist und besteht – seine professionelle und fachliche Unterstützung an. Etwa bei der

- Konzeption und Durchführung von Argumentationstrainings für Bezirksverordnete/demokratische Parteien und Verwaltung,
- Initiierung, Moderation und Begleitung modellhafter Prozesse des Dialoges und der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zwischen Politik und Bürger/innen (z.B. im Rahmen von Zukunftswerkstätten)
- Entwicklung von Qualitätsstandards präventiver Arbeit mit Akteuren vor Ort,
- Schaffung von Räumen für die Übung und Anerkennung der Fähigkeiten zum Aushalten und Gestalten von Unsicherheit, Veränderung und Verschiedenheit; insbesondere zur Förderung solcher Kompetenzen bei Multiplikator/innen, nämlich als
- Qualifizierung von Profis, die in bestehenden Strukturen, Einrichtungen arbeiten und Kompetenzen weiter vermitteln.

Kontakt:

Stiftung SPI, Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Schönhauser Allee 73, 10437 Berlin

Tel.: 030.41 72 56 28, Fax: 030.41 72 56 30, Mail: ostkreuz@stiftung-spi.de, www.stiftung-spi.de/ostkreuz

